

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend die Verringerung von Lebensmittelverschwendung

Gemäß § 25 Abs. 6 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, rasch Maßnahmen zur Verringerung von Lebensmittelverschwendung – insbesondere im Einzelhandel – umzusetzen.

Begründung

Laut eines Rechnungshofberichts von Mai 2021 landen in Österreich täglich mehr als 2.000 Tonnen genießbarer Lebensmittel im Müll. Der größte Anteil entfällt mit 570 Tonnen pro Tag auf die privaten Haushalte. Weitere Faktoren sind die Außer-Haus-Verpflegung, die Produktionsindustrie und die Landwirtschaft. Der Bereich des Einzelhandels steuert jeden Tag 330 Tonnen vermeidbare Lebensmittelabfälle bei.

Um dieser Entwicklung entgegenzutreten, sind rasch Maßnahmen umzusetzen. Ein sensiblerer Umgang mit Lebensmitteln ist aus ethischen Gründen und angesichts der Teuerungskrise unbedingt notwendig. Im Regierungsprogramm der Bundesregierung ist ein Aktionsplan gegen Lebensmittelverschwendung vorgesehen. Der Oö. Landtag sieht in der aktuellen Phase der Teuerungen den absolut richtigen Zeitpunkt, diesen Aktionsplan in Kraft zu setzen.

Neben Kampagnen im Bereich der Privathaushalte wird ein Regulativ im Bereich des Einzelhandels gefordert. Dabei könnte das „Garot“-Gesetz aus Frankreich als Vorlage dienen, welches Supermärkten ab einer Verkaufsfläche von 400m² eine verpflichtende Abgabe von unverkauften Lebensmitteln an Sozialeinrichtungen vorschreibt, anstatt sie zu entsorgen.

Linz, am 10. Mai 2022

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Fischer, Schießl, Gruber, Mahr, Handlos, Graf, S. Binder

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Dörfel, Lengauer, Nell, Mühlbacher, Angerlehner, Raffelsberger, Mader, Gneißl, Scheiblberger, Oberlehner